

Pressemitteilung



Ärztetag verabschiedet Novellierung der (Muster-)Berufsordnung

Ärztliche Berufsordnung an aktuelle Rechtsprechung und politische Entwicklungen angepasst

Pressestelle der
deutschen Ärzteschaft

Herbert-Lewin-Platz 1
10623 Berlin

Kiel, 03.06.2011 – Der Deutsche Ärztetag hat heute in Kiel einer umfassenden Novellierung der ärztlichen Berufsordnung zugestimmt. „Wir haben die Berufsordnung unter anderem an eine geänderte Rechtsprechung angepasst und die Vorgaben zu den ärztlichen Berufspflichten durch eine Neustrukturierung justiziabel gemacht“, begründete Dr. Udo Wolter, Vorsitzender des Ausschusses „Berufsordnung“ der Bundesärztekammer und Präsident der Landesärztekammer Brandenburg, die Novelle. In der Berufsordnung sind die Rechte und Pflichten von Ärzten gegenüber ihren Patienten, den Berufskollegen und der Ärztekammer geregelt. Wesentliche Inhalte der MBO sind unter anderem Vorgaben zu den Berufspflichten, zur Schweigepflicht, zur Fortbildung, zu Werbung und zur gemeinsamen Praxisausübung sowie zum beruflichen Verhalten.

Geändert wurde unter anderem die Regelung zur ärztlichen Aufklärung von Patienten. Ärzte sind dazu verpflichtet, ihre Patienten vor einer Behandlung aufzuklären. Nach der neugefassten MBO sollen Ärzte ihren Patienten, so weit dies möglich ist, nach dieser Aufklärung ausreichend Bedenkzeit einräumen. „Damit wollen wir vor allem bei den Schönheitsoperationen, die medizinisch nicht notwendig sind, sicherstellen, dass Patienten einen vorgesehenen Eingriff noch einmal abwägen können“, sagte Wolter.

Eine weitere Änderung bezieht sich auf sogenannte individuelle Gesundheitsleistungen. Ärzte müssen künftig ihre Patienten vor einer Behandlung schriftlich über die Höhe der Kosten

Diese Pressemitteilung finden Sie auch im Internet unter www.bundesaerztekammer.de

Ansprechpartner:
Alexander Dückers
Samir Rabbata
Tel. (030) 40 04 56-700
Fax (030) 40 04 56-707
www.bundesaerztekammer.de
presse@baek.de

informieren, die erkennbar nicht von der Krankenversicherung oder einem anderen Kostenträger erstattet werden.

Außerdem schiebt die neue Berufsordnung sogenannten Anwendungsbeobachtungen, die zur Verdeckung unzulässiger Zuwendungen durchgeführt werden, einen Riegel vor. Künftig muss die Vergütung den Leistungen entsprechen, die Ärzte für „Hersteller oder Erbringer von Arznei-, Heil- und Hilfsmittel oder Medizinprodukte erbringen. Verträge über solche Zusammenschlüsse sind schriftlich abzuschließen und sollen der zuständigen Ärztekammer vorgelegt werden“, heißt es in der (Muster-)Berufsordnung.

Die (Muster-)Berufsordnung trägt dazu bei, die Berufsordnungen in den einzelnen Ländern möglichst einheitlich zu gestalten. Die Berechtigung, eine Berufsordnung beschließen zu können, ergibt sich für die Ärztekammern aus dem jeweiligen Heilberufe- und Kammergesetz des Bundeslandes.

Pressemitteilung



Ärztetag beschließt Eckpunkte zur Sicherstellung der hausärztlichen Versorgung

Kiel, 03.06.2011 – Der 114. Deutsche Ärztetag hat in Kiel vor drohenden Versorgungsengpässen in der hausärztlichen Versorgung gewarnt. Schon heute sind rund drei Viertel der rund 44.000 Hausärzte in Deutschland über 50 Jahre alt, die Zahl jüngerer Hausärzte ist seit Jahren rückläufig, so dass sich die Probleme bei der Nachbesetzung von Arztsitzen künftig noch verschärfen könnten. Die Delegierten haben aus diesem Grund gefordert, die Rahmenbedingungen für Hausärzte zu verbessern.

Umfragen zufolge lassen sich mehr als 80 Prozent der Hausärzte dort nieder, wo sie studiert haben. Doch ist die Allgemeinmedizin an den Universitäten nicht ausreichend repräsentiert. Die Bundesländer müssten deshalb zeitnah an jeder medizinischen Fakultät einen Lehrstuhl für Allgemeinmedizin einrichten, forderten die Delegierten des Ärztetages. Damit soll das Interesse von Medizinstudierenden für die hausärztliche Versorgung geweckt werden. Angesichts der Unterschiede zwischen den Universitäten bei der Vergütung für akkreditierte Lehrpraxen müssten bundeseinheitliche Regelungen vereinbart werden.

Finanzielle Anreize und die Entwicklung neuer Arbeits- und Niederlassungsmodelle würden dazu beitragen, die hausärztliche Versorgung flächendeckend sicherzustellen. Als mögliche Maßnahmen fordert der Ärztetag Niederlassungsberatungen, Ansiedlungsunterstützung sowie mehr Kindergartenplätze und andere Betreuungsangebote. Vor allem die Länder und Kommunen seien hier in der Pflicht, eine angemessene Infrastruktur für junge niederlassungswillige Ärzte zu schaffen.

Pressestelle der
deutschen Ärzteschaft

Herbert-Lewin-Platz 1
10623 Berlin

Pressemitteilung



Versorgungsrealität unter Alltagsbedingungen untersuchen

Ärztetag: Versorgungsforschung weiter fördern

Pressestelle der
deutschen Ärzteschaft

Herbert-Lewin-Platz 1
10623 Berlin

Kiel, 03.06.2011 – Angesichts der positiven Ergebnisse der Förderinitiative Versorgungsforschung der Bundesärztekammer (BÄK) hat sich der 114. Deutsche Ärztetag für eine Fortführung des Projektes ausgesprochen. Basierend auf einem Beschluss des Ärztetages im vergangenen Jahr hat die BÄK Eckpunkte für eine weitere Forschungsförderung konzipiert. Diese sollen nun umgesetzt werden. Der Fokus der neuen Initiative soll auf der Vergabe von Expertisenaufträgen sowie der Durchführung von Symposien mit begleitender Veröffentlichung weiterer Bände des „Report Versorgungsforschung liegen. Eine Reihe von Themen für Forschungsprojekte sind bereits geplant: Evaluierung des Ärztemangels, Work-Life-Balance: Spannungsfeld Arztberuf, -familie und –gesundheit sowie Suchtprävention und –therapie bei Ärztinnen und Ärzten.

Der 108. Deutsche Ärztetag hatte 2005 die Förderinitiative zur Versorgungsforschung gestartet. Die Förderinitiative zielte darauf ab, konkrete Lösungen für eine verbesserte Patientenversorgung aufzuzeigen und die Arbeitszufriedenheit von Ärztinnen und Ärzten im ambulanten und stationären Sektor zu verbessern. Für die Förderinitiative war ein Zeitraum von sechs Jahren vorgesehen, der nun beendet ist. In dieser Zeit hat die Bundesärztekammer verschiedene Projekte, die die Versorgungsrealität unter Alltagsbedingungen untersuchen, mit jährlich insgesamt 750.000 Euro unterstützt.

Ansprechpartner:
Alexander Dückers
Samir Rabbata
Tel. (030) 40 04 56-700
Fax (030) 40 04 56-707
www.bundesaerztekammer.de
presse@baek.de

Pressemitteilung



Ärztetag fordert: Ungleichen Gesundheitschancen für Kinder und Jugendliche entgegenwirken

Kiel, 03.06.2011 – Die Zahlen sind alarmierend: Rund 15 Prozent der Kinder und Jugendlichen in Deutschland sind übergewichtig, mehr als sechs Prozent sogar adipös und jedes fünfte Kind zeigt ein auffälliges Essverhalten. Dies geht aus der KiGGS-Studie (Kinder- und Jugendgesundheitssurvey) hervor, einer Untersuchung, die von 2003 bis 2006 in Deutschland vorgenommen wurde. Angesichts dieser Zahlen hat der 114. Deutsche Ärztetag in Kiel die Politik aufgefordert, gegenzusteuern. Würden belastende Faktoren frühzeitig erkannt, und würde auf medizinischer, familiärer und gesellschaftlicher Ebene interveniert, könne die gesundheitliche Entwicklung von Kindern und Jugendlichen positiv beeinflusst werden, heißt es in einem Beschluss des Ärzteparlaments.

„Um Risikofaktoren für die gesundheitliche Entwicklung – vor allem bei der Ernährung, Bewegung sowie psychische Belastungen – frühzeitig erkennen zu können, müssten Eltern bei den Früherkennungsuntersuchungen besser über diese aufgeklärt und in geeignete Angebote zur Gesundheitsförderung weitervermittelt werden“, erklärte Prof. Dr. Fred Zepp vom Zentrum für Kinder- und Jugendmedizin der Johannes Gutenberg-Universität Mainz auf dem Ärztetag. In ihrem Beschluss forderten die Delegierten, dass die Früherkennung von Risikofaktoren für die gesundheitliche Entwicklung, sowie die Aufklärung der Erziehungsberechtigten und die Weitervermittlung in geeignete Angebote zur Gesundheitsförderung integrale Bestandteile des Paragraphen 26 des SGB V zur Kinderuntersuchung werden müssten. Zudem sollen Leistungen nach Paragraph 20 SGB V, „Prävention und Selbsthilfe“, enger an die Früherkennungsuntersuchungen gekoppelt werden.

Diese Pressemitteilung finden Sie auch im Internet unter www.bundesaerztekammer.de

Pressestelle der
deutschen Ärzteschaft

Herbert-Lewin-Platz 1
10623 Berlin

Ansprechpartner:
Alexander Dückers
Samir Rabbata
Tel. (030) 40 04 56-700
Fax (030) 40 04 56-707
www.bundesaerztekammer.de
presse@baek.de

In einem weiteren Beschluss forderten die Delegierten, dass die Präventionsangebote der Krankenkassen zielgruppengerecht und qualitätsgesichert ausgestaltet werden. „Die bisherigen Evaluationsdaten des GKV-Spitzenverbandes belegen, dass mit den bestehenden verhaltensbezogenen Angeboten der Krankenkassen die eigentlichen Zielgruppen kaum erreicht werden“, erklärten die Delegierten. Deshalb sollten sich niedergelassene Ärzte sowie Ärzte des Öffentlichen Gesundheitsdienstes (ÖGD) stärker an lebenswelt-bezogenen Maßnahmen der Gesundheitsförderung beteiligen dürfen.

Pressemitteilung



Ärztetag fordert Zulassung zum Medizinstudium flexibler zu gestalten

Kiel, 03.06.2011 – Die Auswahl der Studienbewerber im Fach Medizin muss flexibler gestaltet werden. Dies forderten die Delegierten des 114. Deutschen Ärztetages in Kiel. Die Bundesärztekammer solle zudem die medizinischen Fakultäten in die Pflicht nehmen, ihre jetzt schon vorhandenen Möglichkeiten bei der Vergabe der Studienplätze sinnvoller zu nutzen als bisher. Bis zu 60 Prozent der Studienplätze in der Medizin könnten direkt über die Universitäten vergeben werden. Von dieser Möglichkeit machten die Fakultäten bisher jedoch nur unzureichend Gebrauch.

Die Delegierten begründeten ihren Beschluss damit, dass ein formalisiertes Verfahren, wie es von der Stiftung für Hochschulzulassung durchgeführt wird, den individuellen Fähigkeiten eines Bewerbers nicht gerecht werden könne. Die Fokussierung auf Schulnoten sei zu einseitig und sollte nicht das einzige Merkmal für die Eignung zum Arztberuf darstellen. Neben kognitiven Fähigkeiten seien in besonderer Weise auch soziale und empathische Kompetenzen notwendig. Bei der Studienplatzvergabe sollten auch vor Studienbeginn abgeleistete Praktika, ein freiwilliges soziales Engagement oder eine bereits abgeschlossene Berufsausbildung viel stärker als bisher berücksichtigt werden. Über individuelle Eignungsgespräche könnten die Universitäten Zugangskriterien über die Abiturnote und die Wartezeit hinaus berücksichtigen.

Pressestelle der
deutschen Ärzteschaft

Herbert-Lewin-Platz 1
10623 Berlin